



**Klima
Allianz**
Deutschland

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

EINEN KLIMAPOLITISCHEN NEUSTART SCHAFFEN – IN DEUTSCHLAND UND WELTWEIT

Forderungen zur 25. Weltklimakonferenz in Madrid



EINEN KLIMAPOLITISCHEN NEUSTART SCHAFFEN – IN DEUTSCHLAND UND WELTWEIT

Forderungen zur 25. Weltklimakonferenz in Madrid

Vom 2. bis 13. Dezember 2019 findet die 25. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP25) in Madrid unter chilenischer Präsidentschaft statt. Nach einem Vierteljahrhundert intensiver Klimaverhandlungen und einer zugleich massiv fortschreitenden Klimakrise wird die Welt nach Spanien schauen und von der internationalen Staatengemeinschaft Ergebnisse erwarten, die eine erfolgreiche Umsetzung der dringend benötigten Klimaschutzmaßnahmen möglich machen.

Nachdem der 1,5°C-Bericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) im letzten Jahr aufgezeigt hat, welche globalen Auswirkungen die Erderhitzung haben wird, zeigen in diesem Jahr die beiden IPCC-Sonderberichte zu Ozeanen und Landnutzung, wie weit die Klimakrise bereits vorangeschritten ist und welche unmittelbaren Folgen diese hat. Die vermehrte thematische Verknüpfung der Klimakrise mit anderen Herausforderungen – wie Biodiversitätsverlusten oder fehlendem Zugang zu Trinkwasser und Nahrung – verdeutlicht zunehmend die komplexen Zusammenhänge zwischen den UN-Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Agenda 2030 und deren Wechselwirkungen. So ist das Erreichen des Klimaziels SDG 13 Grundvoraussetzung für eine soziale und ökologische Entwicklung. Gleichzeitig müssen Querschnittsthemen wie die Überwindung von Armut und die Reduzierung von Ungleichheit oder die Geschlechtergerechtigkeit beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel dringend berücksichtigt werden.

Angesichts der voranschreitenden Klimakrise protestieren weltweit Millionen Menschen für einen ambitionierten Klimaschutz. Allein in Deutschland gingen am 20. September 2019, zeitgleich zur Sitzung des Klimakabinetts, gemeinsam mit der Fridays-for-Future-Bewegung

über 1,4 Millionen Menschen auf die Straße. Allerdings hat die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen am selben Tag erneut wesentliche strukturelle Veränderungen in der Klimapolitik blockiert und ein mutloses Paket vorgelegt, das in den nächsten fünf Jahren keinen ernsthaften Klimaschutz ermöglicht.

Daher braucht es jetzt neuen politischen Mut und einen grundlegenden kulturellen Wandel innerhalb unserer Gesellschaft. Die gute Botschaft ist: Wie noch nie zuvor stehen viele Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaftler*innen und Wirtschaftsakteure mit den Umwelt- und Entwicklungsverbänden Seite an Seite, um deutlich zu machen, dass ein „Weiter so“ in der deutschen Klimapolitik keine Option mehr ist.

Bis zur Klimakonferenz in Madrid muss die Bundesregierung nun nachsteuern. Nur wenn sie einen konkreten Fahrplan liefert, mit dem die 2030-Klimaziele tatsächlich erreicht werden können, kann sie ihrer globalen Verantwortung gerecht werden. Auch eine Klimazielerhöhung auf nationaler und europäischer Ebene ist erforderlich, um die internationalen Ziele des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Hierfür sind jetzt schon die Weichen zu stellen, denn bis Ende 2020 müssen die nationalen Klimabeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs) aller Staaten erhöht, Langfriststrategien zur Zielerreichung vorgelegt und breit angelegte Kooperationen zur Umsetzung vorbereitet werden. Zudem ist es unabdingbar, dass die Themen Klimafinanzierung und klimabedingte Schäden und Verluste von Deutschland auf der internationalen Ebene weiter vorangetrieben werden.

Mit diesem Positionspapier legen VENRO und die Klima-Allianz Deutschland ihre Forderungen zur 25. Weltklimakonferenz an die Bundesregierung vor.

1 | KLIMASCHUTZMASSNAHMEN AUF NATIONALER EBENE UMSETZEN

Das vorgelegte Klimaschutzprogramm 2030 reicht für Deutschlands fairen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen bei weitem nicht aus. Deutschland wird damit bei der COP25 nicht als Vorreiter antreten können. Außerdem wird Deutschland seiner Verantwortung für Millionen Menschen im Globalen Süden, die schon heute unmittelbar von den Folgen der Erderhitzung betroffen sind, nicht gerecht – und auch nicht der Verantwortung für zukünftige Generationen.

Es ist bereits jetzt absehbar, dass das deutsche Klimaziel für 2020 nicht mehr zu erreichen ist, und auch eine Umsetzung bis 2025 ist ungewiss. Sogar die Erreichung der Klimaziele 2030 ist mit dem vorgelegten Klimaschutzprogramm äußerst unwahrscheinlich, da es nicht die notwendige Trendwende in den entscheidenden Sektoren bringen wird: So sind die Emissionen im Verkehrs-

sektor seit 1990 nicht mehr gesunken, der Ausbau der Windenergie ist beinahe zum Erliegen gekommen, die Umsetzung des Kohleausstiegs lässt weiter auf sich warten und Maßnahmen zur Energieeinsparung wurden nie ernsthaft vorangetrieben. Zudem konnten in den Sektoren Gebäude und Landwirtschaft bislang kaum Fortschritte erzielt werden.

Die Bundesregierung hat zudem mit dem Klimaschutzprogramm 2030 die Chance vertan, einen sozialverträglichen CO₂-Preis mit unmittelbarer Lenkungswirkung einzuführen – allen wissenschaftlichen Empfehlungen zum Trotz. In dem im Oktober 2019 vom Kabinett beschlossenen Entwurf zum Klimaschutzgesetz ist auf ein verbindliches Langfristziel zur Treibhausgasneutralität bis 2050 verzichtet worden. Auch unabhängige Kontroll- und Nachschärfungsmechanismen fehlen.

WIR FORDERN VON BUNDESREGIERUNG UND BUNDESTAG ZUM KLIMASCHUTZ IN DEUTSCHLAND:

- **Klimaschutzgesetz und Langfriststrategie:** Noch in diesem Jahr muss der Bundestag ein Klimaschutzgesetz verabschieden, das einen verbindlichen Reduktionspfad entlang ambitionierter Sektorziele und die Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050 (im Sinne einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 95 Prozent) fest schreibt und das mit konkreten, ambitionierten Maßnahmen für die Zielerreichung unterlegt wird. Das Gesetz muss die Möglichkeit beinhalten, die Ziele nach oben zu korrigieren und eine unabhängige Kontrolle sowie Mechanismen zur Nachschärfung bei Zielverfehlung zu verankern. Zentral für das Umsteuern in der Klimapolitik ist außerdem, dass sämtliche klima- und umweltschädliche Subventionen bis 2025 schrittweise abgeschafft werden, wie es die G7-Staaten schon längst beschlossen haben.
- **Sofortprogramm Klimaschutz:** Um das ursprünglich für 2020 gesetzte Klimaziel von 40 Prozent Treibhausgasreduktion gegenüber 1990 schnellstmöglich zu erreichen, muss die Bundesregierung ein Sofortprogramm für Klimaschutz auf den Weg bringen. Hierbei geht es vor allem um den zügigen Einstieg in den Ausstieg aus der Kohleverstromung, die entsprechend des Kohlekompromisses bis 2022 um 12,5 GW reduziert werden muss. Die im Koalitionsvertrag verankerte Sonderausschreibung für erneuerbare Energien und steuerliche Regelungen für energieeffizientere Gebäude sind unverzüglich umzusetzen.

- ▶ **CO₂-Bepreisung:** Die Einführung einer umfassenden und sozial gerechten CO₂-Bepreisung ist ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaziele. Damit diese gelingen kann und allen Akteuren zugleich Planungssicherheit geboten wird, muss die Bepreisung über die Jahre entlang eines vorab festgelegten Anstiegspfad schrittweise steigen. Bis zum Jahr 2030 sollte sie sich an den vom Umweltbundesamt errechneten Schadenskosten in Höhe von aktuell 180 Euro pro Tonne orientieren und zur Entfaltung einer Lenkungswirkung mit mehr als den bisher vorgesehenen 10 Euro starten. Entscheidend für die Akzeptanz ist eine sozialverträgliche und aufkommensneutrale Ausgestaltung.

- ▶ **Sozialverträglicher Kohleausstieg:** Die Bundesregierung muss noch vor der COP25 einen gesetzlich verankerten sozialverträglichen Kohleausstieg auf den Weg bringen. Hierzu muss mit der Abschaltung von Kraftwerken entsprechend des Kohlekompromisses begonnen werden, wobei die diesjährige Verzögerung nachholend berücksichtigt werden muss. Dabei ist sicherzustellen, dass keine weiteren Dörfer zerstört werden und der Hambacher Wald erhalten bleibt. Ein nachhaltiger und langfristig tragfähiger Strukturwandel ist ein zentraler Bestandteil des Kohleausstiegs.

- ▶ **Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeinsparung:** Parallel gilt es, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Ausschreibungsmengen für Windkraft an Land und Photovoltaik deutlich zu erhöhen. Erneuerbare Energien sollten bis 2030 mindestens 75 Prozent am Gesamtstrommix ausmachen. Um das zu erreichen, müssen Hindernisse beim Ausbau der Windenergie aufgehoben, überzogene Abstandsregeln verringert und der Netzausbau beschleunigt werden. Der Energieverbrauch muss bis spätestens 2050 mindestens halbiert werden. Dafür sind rechtlich verbindliche Effizienz- und absolute Einsparziele für alle Sektoren erforderlich – sowohl für den Primär- als auch für den Endenergieverbrauch.

- ▶ **Energieeffizienz und Klimaschutz in der Industrie:** Energieeffizienz ist zusammen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien der Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele 2030 im Industriesektor. Die Bundesregierung muss baldmöglichst ein Gesetzespaket beschließen, welches die Barrieren und Fehlanreize, die einer höheren Energieeffizienz entgegenstehen, beseitigt und positive Anreize fördert. Dringend ist ebenfalls ein Gesetzespaket zur Weichenstellung für einen klimaneutralen Industriestandort bis spätestens 2050. Dieses sollte Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft, zur Schaffung von Leitmärkten für klimafreundliche Produkte, zur Investitionsförderung für klimafreundliche Prozesse und zur nachhaltigen Entwicklung von CO₂-freien Infrastrukturen enthalten.

- ▶ **Ökologische Verkehrswende:** Die Dekarbonisierung des Verkehrs muss durch eine Verlagerung auf CO₂-freie Verkehrsträger, durch die Reduktion und Vermeidung von Verkehr und durch eine drastische Verringerung des Energiebedarfs eingeleitet werden. Insbesondere beim Pkw muss der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor sofort beschlossen und Alternativen gefunden werden. Auch der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs muss mit Blick auf das 1,5°C-Limit umgesetzt werden. Die Förderung des umwelt- und klimaschädlichen Luftverkehrs, etwa durch Subventionen und Steuerbefreiungen, ist zurückzunehmen. Dagegen müssen effektive Klimaschutzinstrumente, wie die Luftverkehrssteuer, auf nationaler und EU-Ebene weiterentwickelt werden.

- **Ökologische Agrarwende:** Die Landwirtschaft muss bis 2050 klimaneutral sein. Die zentralen Herausforderungen liegen unter anderem in der deutlichen Reduktion der Tierbestände, in der Koppelung der Tierbestände an die Fläche, in der Reduktion von Futtermittelimporten und in der Ausweitung ökologischer Anbaupraktiken. Lösungsansätze für mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz sollten mit dem wirtschaftlichen Auskommen und der Existenzhaltung bäuerlicher Betriebe verbunden werden. Zudem müssen Maßnahmen beschlossen werden, um den Konsum von Fleisch- und Milchprodukten und die Lebensmittelverschwendung deutlich zu reduzieren. Die Bodenqualität ist zu erhalten und Anbaumethoden – inklusive Düngung, Bodenbearbeitung und Wahl der Anbausorten – sind entsprechend zu verändern. Die bislang pauschal und unbegrenzt pro Hektar gewährten EU-Direktzahlungen müssen durch eine Reform der EU-Agrarpolitik zur Honorierung bäuerlicher Leistungen für Klima-, Arten- und Umweltschutz genutzt werden.
- **Klimaneutrale Gebäude:** Der gesamte Gebäudebestand muss bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Dies setzt jedoch voraus, dass jährlich deutlich über zwei Prozent der Gebäude saniert werden. Bisher liegt die Rate bei nur einem Prozent. Die Bundesregierung hat hier rechtlich verbindliche Rahmenbedingungen und investitionsrelevante, wirtschaftliche Anreize zu schaffen. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) muss nahezu klimaneutrale Neubauten zum Standard machen und damit die EU-Gebäuderichtlinie umsetzen.

2 | WELTWEITEN KLIMASCHUTZ MASSIV VORANTREIBEN

Die Abkehr von fossilen Energien und die Umstellung der globalen Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien sind zentral für eine beschleunigte Emissionsreduktion, bei der bis 2030 eine Trendwende erreicht werden muss. Mit den großflächigen Waldbränden in Regionen des Amazonas oder in Sibirien rückt der Erhalt der natürlichen CO₂-Senken immer stärker in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit.

Die von den Regierungen bisher vorgelegten nationalen Klimapläne unter dem Pariser Abkommen reichen bei weitem nicht aus, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Sie machen sogar eine Erwärmung um 3°C oder mehr wahrscheinlicher. Im Rahmen des UN Climate Action Summit haben 66 Länder angekündigt, ihre NDCs ambitioniert zu überarbeiten. Besonders die G20-Staaten, die etwa 80 Prozent der Emissionen freisetzen, sind in der Pflicht: Sie müssen bei ihren nationalen Klimabeiträgen deutlich nachbessern, erneuerbare Energien stärker ausbauen und Subventionen für fossile Energien sowie deren Exploration beenden.

Besonders die Industrie- und Schwellenländer müssen bis spätestens 2020 verbesserte nationale Klimaziele, sofortige Maßnahmenpakete und mit einem 1,5°C-Pfad kompatible 2050er-Langfriststrategien vorlegen. Davon ist Deutschland, wie die meisten anderen G20-Staaten, noch meilenweit entfernt. Dringend notwendig sind die Ausweitung finanzieller Unterstützung, Technologiekooperation und Kapazitätsaufbau im Rahmen ambitionierter internationaler Partnerschaften.

In den Umsetzungsregeln zum Pariser Abkommen wurde festgeschrieben, wie die künftigen NDCs erstellt werden, wie über sie berichtet wird (transparency framework) und wie die ab 2023 alle fünf Jahre zur Überprüfung der Fortschritte angesetzte globale Bestandsaufnahme zu echter Ambitionserhöhung führen soll. Auch wenn dies bei der COP technisch nicht verhandelt wird, ist es wichtig, das Thema auf die Agenda zu setzen.

Ein Knackpunkt der Verhandlungen in Madrid wird der Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens sein. Er regelt die Möglichkeit, Emissionsminderungen auf andere Staaten

zu übertragen, welche auf nationale Klimaschutzziele anrechenbar sind.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF, SICH BEI DER COP25 FÜR FOLGENDE PUNKTE EINZUSETZEN:

- ▶ **Robuste Ausgestaltung von Artikel 6:** Die Herausforderung bei der Ausgestaltung des Artikels 6 liegt darin, dass Doppelzählungen vermieden, alte Zertifikate ausgeschlossen, die Zusätzlichkeit der Zertifikate gesichert sowie Schlupflöcher für Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen geschlossen werden. Leicht zugängliche Beschwerde- und Kompensationsmechanismen sind für den Fall erforderlich, dass Schaden entsteht. Emissionsminderungstransfers, die durch Artikel 6 erbracht werden, müssen zusätzlich und begrenzt sein und dürfen nur nach strengen Methoden gutgeschrieben werden. Angesichts des massiven Missbrauchs unter den Kyoto-Mechanismen sollte geprüft werden, dass sich die Länder, die Emissionsminderungen in anderen Staaten finanzieren, um sie nicht im eigenen Land durchführen zu müssen, nur die Hälfte der zertifizierten Emissionen anrechnen lassen dürfen. Dies darf auch nur aus Ländern mit ambitionierten NDCs passieren. Zudem muss die Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus den Marktmechanismen des Kyoto-Protokolls auslaufen.
- ▶ **Ambitionierten und nachhaltigen Klimaschutz auf der COP25 vorantreiben:** Die Regierungen sollten auf der COP25 beschließen, alle Länder aufzufordern, entsprechend ihrer „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ die NDCs nachzubessern und 2020, idealerweise im ersten Quartal und spätestens bis September 2020, entsprechend ambitioniertere NDCs vorzulegen. Dieser Prozess ist gesellschaftlich partizipativ zu gestalten. Entwicklungsländer sollten die Gelegenheit nutzen, Möglichkeiten zur weiteren Stärkung ihrer Anpassungsfähigkeit zu ergreifen sowie den konkreten Umgang mit Klimaschäden in die NDCs einzubauen. Die EU sollte sich öffentlich zu ambitionierteren NDCs bekennen und auf die Pläne verweisen, die Reduktion auf mindestens 55 Prozent bis 2030 anzuheben sowie die Machbarkeit einer Reduktion um 65 Prozent zu prüfen, um Treibhausgasneutralität deutlich vor 2050 zu erreichen.
- ▶ **Internationale Kooperationen umsetzen:** Groß angelegte Kooperationen mit Ländern wie etwa Indien, Südafrika oder Indonesien, die trotz eines großen Teils an armer Bevölkerung nun die Transformation beschleunigen müssen, sind zwingend, um eine Trendwende bei den globalen Emissionen sehr bald zu erreichen. Ein Deutschland, das endlich wieder eine Vorreiterrolle im nationalen Klimaschutz einnehmen würde, könnte ein sehr gefragter Partner für solche Kooperationen sein. Die Bundesregierung ist daher in der Pflicht, besonders vom Klimawandel betroffene Länder schnell und wirksam durch konkrete Kooperationsangebote zu unterstützen.

3 | ZUSAGEN IN DER KLIMAFINANZIERUNG EINHALTEN

Im Pariser Abkommen und in der UN-Klimarahmenkonvention haben sich die Industrieländer verpflichtet, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen finanziell zu unterstützen. In diesem Kontext haben sich die Industrieländer verpflichtet, die öffentliche und private Klimafinanzierung bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr anzuheben.

Im Bereich der Klimafinanzierung ist Deutschland nach wie vor weltweit ein Motor für die Entwicklung. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat 2015 zugesagt, die deutschen Haushaltsmittel für die Klimafinanzierung von rund zwei Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund vier Milliarden Euro bis 2020 zu verdoppeln. Über eine Ergänzung zum Entwurf des Bundeshaushalts 2020 sollen zusätzliche 600 Millionen Euro zur Einhaltung der Zusage eingestellt werden, 500 Millionen Euro für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

und 100 Millionen Euro für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Allerdings gibt es auch von Deutschland bislang kaum Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung bei Schäden und Verlusten. Zu groß ist die Angst, damit die Tür für Haftungsfragen aufzustoßen.

Auf der COP25 wird zur Klimafinanzierung vor allem auf technischer Ebene verhandelt – über die Berichtsregelungen in der Klimafinanzierung, aber auch über die politisch äußerst heikle Frage der Finanzierung von klimabedingten Schäden und Verlusten. Auch die Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds und die Erreichung des 100-Milliarden-Dollar-Ziels werden zu den Knackpunkten der Konferenz gehören. Da bereits ab 2020 die Verhandlungen über ein Folgeziel für die Klimafinanzierung beginnen, ist zu erwarten, dass erste informelle Debatten bereits auf der COP25 stattfinden werden.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF, SICH ZUR COP25 FÜR FOLGENDE PUNKTE EINZUSETZEN:

- ▶ **Erfolgreiche Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds:** Damit der Fonds seine Arbeit fortsetzen und ausbauen kann, müssen die Zusagen der Industrieländer mindestens 15 Milliarden US-Dollar erreichen. Bis Ende Oktober 2019 wurden die ersten knapp zehn Milliarden US-Dollar zugesagt. Alle Geberländer sollten dazu ihre Zusagen aus der ersten Phase des Fonds mindestens verdoppeln. Deutschland hat dies, in Euro, bereits getan. Aufgrund seither veränderter Wechselkurse entspricht die Aufstockung allerdings nun einem geringeren Betrag als einer Verdoppelung in Dollar.
- ▶ **Ehrliche und transparente Berichterstattung:** Die künftigen Berichtsregeln sollten zwingend vorsehen, dass projektgenau berichtet, der Umfang der jeweiligen Klimakomponente exakt erfasst und zugleich die tatsächliche „Netto“-Unterstützung präzise angegeben wird; im Falle von zinsvergünstigten Darlehen etwa das rechnerische „Zuschussäquivalent“.
- ▶ **Zusage an den Anpassungsfonds:** Wie auch in den letzten Jahren sollte Deutschland auch dieses Jahr wieder eine Zusage an den Anpassungsfonds machen und sich dabei am Vorjahr orientieren (70 Millionen Euro). Im letzten Jahr hat Deutschland erfolgreich andere Staaten zur Unterstützung ermutigt; daraus sollte eine Tradition werden.
- ▶ **Deutliche Signale zur 100-Milliarden-Zusage:** Die Industrieländer und somit auch Deutschland sollten auf der COP25 vereinbaren, wie sie die derzeit noch bestehende Lücke zu der ab 2020 geltenden Zusage von 100 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung schließen wollen. Dies erfordert international insbesondere einen signifikanten Aufwuchs bei der Unterstützung im Bereich der Anpassung.

- **Konstruktiver Einstieg in die Post-2025-Debatte:** Die Länder sollten sich darauf einigen, dass das künftige Ziel klare Kriterien erfüllen muss. So soll beispielsweise das Verhältnis zwischen Mitteln für Emissionsminderung und Klimawandelanpassung geregelt werden. Zudem sollen eine Zielmatrix mit Zwischenzielen (gegliedert nach öffentlicher Unterstützung und mobilisierten Investitionen) und aggregiertem Ziel sowie auch qualitative Ziele festgelegt werden.

4 | KLIMASCHÄDEN UND KLIMABEDINGTE MIGRATION ANGEHEN

Die Regierungen müssen bei der COP25 neben der Unterstützung bei der Anpassung auch den Umgang mit nicht mehr vermeidbaren Klimaschäden und deren sozialen Folgen stärker in den Blick nehmen. Wetterextreme, die heutzutage häufiger geworden sind und stärker ausfallen, führen bereits jetzt zu großem menschlichem Leid. Der Umgang mit „Loss and Damage“ rückt angesichts der Grenzen von Anpassungsmaßnahmen zunehmend ins Zentrum der internationalen Debatten.

Selbst die Nachbesserung der Klimaschutzpläne und die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 2°C oder 1,5°C könnten nicht mehr verhindern, dass ganze Länder, etwa Inselstaaten, und viele Landstriche infolge von Trockenheit, Meeresspiegelanstieg, Versalzung oder Absterben lebenswichtiger Ökosysteme unbewohnbar werden.

Deutschland und die Europäische Union, aber auch fossile Energiekonzerne, müssen nach dem Verursacher-

prinzip die Betroffenen beim Umgang mit Klimaschäden angemessen unterstützen und entschädigen. Insbesondere die Verletzlichsten wie die Ärmsten, aber auch andere benachteiligte Gruppen – wie Frauen, alte Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen oder indigene Bevölkerungsgruppen – sind hier zu berücksichtigen.

Ein zentrales Instrument, um Fortschritte zum Schutz der am meisten von der Klimakrise Betroffenen zu erreichen, ist der 2013 unter der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) eingerichtete Warschau-Mechanismus zu Klimaschäden (Warsaw International Mechanism for Loss and Damage associated with Climate Change Impacts, WIM). Dieses Jahr steht auf der COP25 eine Überprüfung des WIM an.

Auf der COP24 wurden hierzu Empfehlungen vorgelegt, die nun umgesetzt werden müssen.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF, SICH BEI DER COP25 FÜR FOLGENDE PUNKTE EINZUSETZEN:

- **Solide Überprüfung des Warschau-Mechanismus unterstützen:** Die Überprüfung sollte sowohl ermitteln, wie der WIM in der Vergangenheit seine Aufgaben erfüllt hat, als auch eine Vision davon entwickeln, was er zukünftig erreichen sollte. Die Anliegen der Entwicklungsländergruppen wie die Least Developed Countries (LDCs), die Alliance of Small Island States (AOSIS) und der afrikanischen Gruppe müssen dabei im Vordergrund stehen und auch von Deutschland gehört werden.

- ▶ **Vorschläge zu Finanzierungsquellen erarbeiten:** Angesichts nicht ausreichender Finanzmittel sollte der WIM Vorschläge für zusätzliche Finanzierungsquellen und deren Verwendung beim Umgang mit Klimafolgen und -schäden erarbeiten. Das Ziel ist, bis 2022 zusätzliche 50 Milliarden US-Dollar aufzubringen. Hierfür vorgelegte Konzepte, mit welchen Instrumenten die verschiedenen Kategorien von Schäden – etwa Wetterkatastrophen, langsame, aber grundlegende Veränderungen durch Meeresspiegelanstieg oder Dürre, nicht ökonomische Schäden oder indirekte Folgen wie Schwankungen von Nahrungsmittelpreisen – adressiert werden können, sollten auch von Deutschland wohlwollend geprüft werden. Deutschland sollte sich für einen Frühwarnmechanismus in Bezug auf die großen Klimakipppunkte einsetzen, damit große Katastrophen – etwa das Absterben des Amazonas-Regenwaldes oder das Ausbleiben des Monsunregimes in Indien – nicht unvorbereitet passieren.
- ▶ **Klimainduzierte Migration und Vertreibung entschlossen angehen:** Auch Deutschland sollte die bei der COP24 angenommenen Empfehlungen zum Umgang mit klimabedingter Migration, Vertreibung und geplanter Umsiedlung umsetzen. Diese schließen an den Globalen Pakt für Migration an. Mit Bezug auf das Mandat der Klimakonvention müssen die Empfehlungen aber konkretere Kooperationsvorhaben sowie finanzielle, technische und rechtliche Unterstützungsmaßnahmen für besonders betroffene Länder und Menschen beinhalten.
- ▶ **Den Umgang mit Verlusten und Schäden in der Verhandlungsagenda dauerhaft verankern:** Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass der Umgang mit klimawandelbedingten Verlusten und Schäden dauerhaft auf der Agenda der jährlich stattfindenden Zwischenverhandlungen in Bonn im Mai/Juni sowie auf der Agenda des Paris-Verhandlungsstrangs stehen. Die Verankerung des WIM in der UNFCCC-Architektur muss die Interessenslage der Entwicklungsländer besonders berücksichtigen.

IMPRESSUM

Herausgeber:**Klima-Allianz Deutschland**

Invalidenstraße 35, 10115 Berlin

Telefon: 030 7808995-10

E-Mail: info@klima-allianz.de

Internet: www.klima-allianz.de

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.**

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030 2639299-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Sven Harmeling, Malte Hentschke, Anke Kurat, Rixa Schwarz

Endredaktion: Julia Dittmann, Janna Völker

Lektorat: Lena Gayoso

Foto: Campact

Layout: dieprojektoren.de

Berlin, November 2019

Dieses Positionspapier wurde im Rahmen des VENRO-Projekts Agenda 2030 entwickelt.
Dieses ist gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des BMZ.





**Klima
Allianz**
Deutschland

VENRO
• • • • •
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit ihren 130 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

www.klima-allianz.de

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören 138 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

www.venro.org